

Schafft ein, zwei, viele Karl-Marx-Höfe!



Bundesarchiv, Bild 146-1070-050-13
Foto: o. Ang. 1/23. September 1932

[Berliner Mieterstreik 1932/33](#)

Das Bundesverfassungsgericht hat den so genannten „Mietendeckel“ in Berlin [in die Tonne](#) getreten. [I told you so.](#) Was Hans-Jürgen Papier [vor zwei Jahren gesagt hat](#), ist also eingetreten.

Regelungen zur Miethöhe für frei finanzierten Wohnraum, der

auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten werden kann (ungebundener Wohnraum), fallen in die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit. Die Länder sind nur zur Gesetzgebung befugt, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz keinen abschließenden Gebrauch gemacht hat (Art. [70](#), Art. [72 Abs. 1 GG](#)). Da der Bundesgesetzgeber das Mietpreisrecht in den [§§ 556 bis 561 BGB](#) abschließend geregelt hat, ist aufgrund der Sperrwirkung des Bundesrechts für die Gesetzgebungsbefugnis der Länder kein Raum. Da das [MietenWoG Bln](#) im Kern ebenfalls die Miethöhe für ungebundenen Wohnraum regelt, ist es insgesamt nichtig.

Und jetzt die gute Nachricht. Das BverfG hat natürlich *nicht* darüber entschieden, ob ein „Mietendeckel“ falsch oder richtig ist, sondern nur, dass der Berliner Senat den nicht hatte einführen dürfen, weil bekanntlich Bundesrecht Landesrecht bricht. Der Bundestag könnte also die Gesetze so ändern, dass das Berliner Gesetz wieder in Kraft treten könnte. Dafür wird es aber auf absehbare Zeit keine Mehrheit geben.

Ein herber Rückschlag für Mieterinnen und Mieter handeln

DIE LINKE. Berlin, die im rot-rot-grünen Berl gekämpft hat [<https://dielinke.berlin/mietend> Rückschlag für Mieterinnen und Mieter. Aber d Urteils nicht aufgeben, sondern weiter nach k Möglichkeiten ausschöpfen, um in Berlin die M "Deutsche Wohnen & Co. enteignen" vergesellschaften, braucht es nach der Bundes dafür ist eine Bundesregierung ohne CDU.

Jetzt erst recht: Nach dem Mietendeckel ist v Auch der Präsident des Deutschen Mieterbundes seiner Pressemitteilung

[Pressemeldung der „Linken“ zum Thema](#)

Man ist versucht, mit Häme auszurufen: Das kommt davon wenn man im Kapitalismus nur was herumreparieren will. Das wäre

aber falsch: Selbst dort ist [„sozialer“ Wohnungsbau möglich](#). Das muss aber politisch gewollt sein. Die „Linke“ in Berlin und die SPD haben das aber [kläglich versemelt](#): „Deutschland ist das einzige Land, das seine öffentlichen Wohnungsbestände an Finanzinvestoren verkauft hat. Die rot-rote Koalition stellt die Landesregierung, die den Rekord im Verkauf von landeseigenen Wohnungen hält und zugleich am wenigsten deswegen ins Gerede gekommen ist.“

Wie dumm und politisch verkommen muss man sein? Und hört man heute eine Spur von Selbstkritik? Natürlich nicht. Schuld sind immer die anderen. Auch jetzt scheint das Motto zu sein: Augen zu und durch. Ein „Mietendeckel“, zumal ein auf wenige Jahre befristeter, ist so absurd wie ein „fairer“ Lohn. Aber an so etwas glaubt die „Linke“ bekanntlich.

Ein Ausweg ist die [Genossenschaft](#). Dazu braucht man aber Eigenkapital. Das könnte die Stadt vorstrecken oder großzügig fördern. Dann müssen die großen Gesellschaften, die nur auf Profit aus sind, natürlich ~~vergesellschaftet~~ enteignet werden, und dass sollte man auch vorher ankündigen, damit die Wähler wissen, wen es treffen wird, und nicht nur herumraunen, Tante Erna ihr klein Häuschen sei nicht gemeint.



[Karl-Marx-Hof in Wien](#)